Bez
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.65 Mark, vierteljährlich 4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungseintragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 10, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 23. Halle, Mittwoch, den 15. Januar. 1919.

Vor neuen Gemeindewahlen.

Große Mengen Spartakuswaffen beschlagnahmt. — Waffenstillstandsverhandlungen in Trier.

Das demokratische Gemeindewahlrecht.

-r. Köln, 14. Jan. (Privattelegramm.) Wie die „Rheinische Zeitung" von zuständiger Stelle erfährt, ist der Gesetzentwurf auf Einführung eines demokratischen Gemeindewahlrechts vom preußischen Minister des Innern fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen das Staatsministerium beschäftigen. Der Entwurf sieht für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen in ganz Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechtes vor. Er hebt die Beschränkungen der Wählbarkeit von Lehrern und den übrigen Personen auf, denen bisher ein passives Gemeindewahlrecht nicht zustand, und beseitigt eine Reihe weiterer Einschränkungen des Wahlrechts. Auch das Hausbesitzerprivileg ist durch den Gesetzentwurf außer Kraft gesetzt. Weiter besteht, wie die „Rheinische Zeitung" erfährt, die Absicht, die Gemeindevertretungen schon in nächster Zeit aufzulösen und die Neuwahlen sofort auf Grund des neuen Wahlgesetzes anzuordnen. Eine ähnliche Reform ist für das Wahlrecht zu dem Kreistage und zu Provinziallandtag in Vorbereitung.

Die Absperrung in Moabit.

Berlin, 14. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die große Absperrung, die heute über Moabit verhängt wurde, ist auch in den Nachmittagsstunden noch nicht aufgehoben worden. Ebenso ist eine Verbindung durch das Fernsprechamt Moabit bis dahin noch nicht möglich gewesen. Irgendwelche Zwischenfälle bei der Durchsuchung der Häuser nach Waffen haben sich auch am Nachmittag nicht ereignet. Wie lange die Absperrung aufrechterhalten wird, ist noch nicht bekannt, da ihre Dauer von den Anordnungen des Oberkommandierenden Noske abhängt.

In der Kaiserin Augusta-Allee kam es bereits zu einem Zusammenstoß. Dabei haben regierungsfeindliche Elemente einen Straßenbahnwagen umgeworfen und Barrikaden errichtet. Die Gleise des Nordringes der Stadtbahn sind von Spartakusleuten zwischen Gesundbrunnen und Westende an mehreren Stellen aufgerissen, so daß deshalb ein Zugverkehr unmöglich ist.

Berlin, 14. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Der Hochbahnstreik ist bis jetzt noch nicht beigelegt, da die Einigungsversammlung zwischen Direktion und Personal noch nicht zum Abschluß gelangt ist.

Erfolg bei der Durchsuchung in Moabit

Berlin, 14. Jan. Nach dem „B. T." wurden in einigen Straßen in Moabit von den Truppen in Privatwohnungen größere Mengen von Munition und Waffen vorgefunden, die beschlagnahmt worden sind. Der bisherige spartakistische Polizeipräsident von Neukölln wurde seines Amtes enthoben und ein Mehrheitssozialist mit der kommissarischen Verwaltung betraut. Nach den Abendblättern versuchten Spartakisten in der vergangenen Nacht die Franzerkaserne durch Gasbomben auszuräuchern, wurden aber durch die Soldaten, die sich mit Gasmasken geschützt hatten, nach einstündigem Gefechte vertrieben. Ein Nachtangriff der Spartakisten von den Dächern der Halleschen Tor-Gebäude aus wurde von den Wachmannschaften unter Zuhilfenahme von Leuchtraketen abgewiesen. Nach einem Berichte des „B. T." wurden bei der Durchsuchung im Hause Liebknechts die Frau, ein Sohn, eine Tochter und das Dienstmädchen vorübergehend verhaftet, aber später wieder freigelassen. Die Durchsuchung der Wohnung soll zum Teil sehr wichtiges, Liebknecht schwer belastendes Material ergeben haben. Auch die Sekretärin des Spartakusbundes, Fräulein Jakob, wurde verhaftet.

Fanatismus und Leichtsinn.

Berlin, 14. Jan. Wie die „B. Z. a. M." berichtet, sind die Vernehmungen der bei den Spartakusunruhen Inhaftierten durch die Untersuchungsbehörden in vollem Gange und ergaben ein trübes Bild der Bewegungsgründe, die den einzelnen veranlaßt hatten, sich in den Dienst der regierungsfeindlichen Partei zu stellen. Die Mehrzahl will durch die Zusicherung des hohen Lohnes von 15 Mark durch Liebknecht und seine Helfershelfer verführt worden sein und nur einige wenige Fanatische berufen sich auf ihre politische Ueberzeugung. Stark tritt das Element der Jugendlichen hervor. Ein 19jähriger mit dem Eisernen Kreuz und dem Verwundetenabzeichen, Sohn achtbarer Eltern, hat sich zu Eichhorns Garde gemeldet, um in den Besitz einer Parabellumpistole zu kommen. Ein jugendlicher Kaufmann machte mit, um sich die Sache einmal anzusehen. Ein 17jähriger hat bis zuletzt ein Maschinengewehr bedient, weil es ihm kolossalen Spaß gemacht hatte.

Die Waffenstillstandsverhandlungen in Trier.

Berlin, 14. Jan. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, traf heute morgen, von Ulm kommend, wo er einer Besprechung des süddeutschen Eisenbahnminister beigewohnt hatte, in Kassel ein. Gleichzeitig kamen mit Graf Oberndorff aus München und Kapitän zur See von Gansslow mit den Kommissaren der Reichsregierung aus Berlin an. Vor der Weiterreise nach Trier fand eine längere Besprechung mit der Obersten Heeresleitung statt. Die Weiterreise der deutschen Delegation nach Trier erfolgte gegen Mittag. In Trier wird General von Winterfeldt, der aus Spaa kommt, mit den drei übrigen Delegierten zusammentreffen, so daß dann die deutsche Delegation für die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens vollzählig beisammen ist. Die Verhandlungen beginnen, wie bereits gemeldet, morgen vormittag auf dem Bahnhofe in Trier. Zur Eröffnung wird auch Marschall Foch erwartet.

Das Wahlergebnis in Bayern.

München, 14. Jan. (Privattelegramm.) Das Wahlergebnis. Im Ministerium des Innern lagen heute mittag über das Wahlergebnis in Bayern folgende Ziffern vor: Es erhielten die Bayrische Volkspartei (Zentrum) 1 072 011, Sozialdemokraten 919 391, Deutsche demokratische Partei 408 918, Bayrischer Bauernbund 322 022, Nationalliberale 110 025, Unabhängige 75 098, Bund der Unteroffiziere 12 388, Mittelpartei 8235 Stimmen. Es fehlen noch die Resultate aus einigen Stimmbezirken, doch werden diese an dem Gesamtergebnis nicht viel ändern. Vorbehaltlich kleiner Verschiebungen entfallen auf die einzelnen Parteien: Zentrum 59, Sozialdemokraten 50, Deutsche demokratische Partei 22, Bayrischer Bauernbund 17, Nationalliberale 5 und Unabhängige 3 Sitze.

Beratungen über die Polenfrage.

Berlin, 14. Jan. (Privattelegramm.) Der heutige Kabinettsrat beschäftigte sich, wie wir hören, in der Hauptsache mit der Polenfrage.

Eine neue Beruhigungsmeldung aus Bromberg.

WTB. Bromberg, 14. Jan. Die militärische Lage in Bromberg hat seit gestern eine Aenderung nicht erfahren. Die Polen haben an keiner Stelle Fortschritte gemacht. Im Nakeler und Mürschützer Kreis herrscht Ruhe. Der Bahnverkehr Bromberg—Schneidemühl—Berlin ist in vollem Umfange wieder aufgenommen und wickelt sich ohne die geringsten Störungen ab. Entgegen vielfachen unzutreffenden Schilderungen, die geeignet sind, die Bevölkerung zu beunruhigen, wird wiederholt betont, daß der Entwicklung der Verhältnisse die besten Hoffnungen zuteilt und jede Besorgung grundlos ist. (Wenn WTB. nur nicht wieder zu rosig färbt! Red.)

Ende des Streiks in Oberschlesien.

Beuthen, 13. Jan. Heute, Montag, ruhte nur der Betrieb auf der Ferdinand Radzionka-Grube. Auf der Georg-Grube kann der Streik als erloschen angesehen werden. Die wenigen fehlenden Leute sind nach dem gestrigen Sonntag als Streikende nicht zu bezeichnen. Auf allen übrigen Gruben wird voll gearbeitet. Gestern fand in Gleiwitz ein von den Mehrheitssozialisten veranstalteter Demonstrations-Sonntag für Ebert-Scheidemann statt, an dem ungefähr 15 000 Personen teilnahmen. Nach einer vom Balkon des Rathauses gehaltenen Rede des Soldatenratsvorsitzenden für Gleiwitz, Becker, zerstreute sich die Menge. Während gestern der Belagerungszustand über fünf Orte des Kreises Tarnowitz, nämlich Radzionkau, Kaolawogerra, Rudzpickere, Obrowni und Trockenberg verhängt wurde, wird von morgen ab der Belagerungszustand auch über den Stadt- und Landkreis Kattowitz verhängt werden.

Dauernde Verbannung aller Hohenzollern.

Wien, 14. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Das „Neue Wiener Journal" meldet aus Basel: Der „National News" wird von ihrem Pariser Korrespondenten gemeldet, daß der französische Generalstab auf der Friedenskonferenz die dauernde Verbannung des Kaisers Wilhelm, des Kronprinzen und aller männlichen Mitglieder des deutschen Kaiserhauses verlangen wird.

Streik der Bureauhilfsarbeiter.

Berlin 14. Jan. (Privattelegramm.) Die Bureauhilfsarbeiter des Berliner Magistrats streiken. Sie verlangen Erhöhung der Tagesdiäten von 5,50 auf 12 Mk.

Einigkeit zwischen Wilson und den Ententeführern.

Haag, 14. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet, daß bei den Unterredungen, die Wilson mit Clémenceau, Lloyd George und Orlando hatte, im Prinzip über die wichtigsten Punkte eine Einigung erzielt worden ist. Wilsons Anwesenheit bei den ersten Zusammenkünften und die Notwendigkeit, daß der Präsident innerhalb sehr kurzer Zeit nach Amerika zurückkehren wird, wird die Versammlung wahrscheinlich veranlassen, über die wichtigsten Fragen schnell schlüssig zu werden. Zu diesen wichtigsten Fragen gehört vermutlich die Festsetzung der neuen deutsch-französischen Grenze und die Vergütung und Entschädigung. Die Balkanfragen und die östlichen Probleme würden dann für später aufgehoben, weil die Debatten, die darüber geführt werden, länger dauern und mehr komplizierte sein werden.

Werbt
unausgesetzt für die Liste der Deutschen demokratischen Partei,
für die Liste Delius.

Die Theorie vom kleineren Uebel

Eine ganze Reihe Parteien streiten sich um die Seelen der Wähler, und das Verhältniswahlrecht scheint manche Parteisplitter zur Selbständigkeit auch noch geradezu zu locken. Trotzdem bleiben es nur fünf große Parteien, die in der Nationalversammlung entscheidend auftreten können, und den kleinen Parteigrüppchen, soweit sie einzelne Vertreter wirklich erhalten, bleibt nur übrig, von Fall zu Fall sich den Politik machenden großen Parteien anzuschließen.

Fünf verschiedene Parteiprogramme, in manchem zum Verwechseln ähnlich, sonst aber auch stark verschieden, hat der Wähler zur Auswahl! Da sagt dann ein guter Freund: „Ja, ganz kann ich mich keiner Partei anschließen, etwas stört mich auch bei euch; bei den anderen freilich ist ja noch mehr, was mir nicht gefällt; ich werde zu mitwählen, aber anschließen kann ich mich euch nicht!"

Mit Verlaub! Fünf Programme stehen den 40 Mill. Wählern zur Wahl! Ich glaube, da gibt es überhaupt nicht viele, die ein Parteiprogramm ganz restlos unterschreiben können. Es geht doch aber nicht an, daß in dieser Zeit der Not jeder Eigenbrödler sich sein Programm selbst braut. Wir brauchen Parteien, so stark, daß sie regieren können, nicht eine wilde restlose Museumssammlung von allen politischen Sonderlichkeiten, die man in faulen Stunden ausdenken kann!

Parteiprogramm ist Rahmen, den Geist und das Leben bringen erst die Parteimitglieder hinein; nicht Papierblätter, sondern Männer sollen unser Volk regieren.

Gerade das gebildete Bürgertum sieht immer das Einerseits-Anderseits und tut dann — gar nichts. Bei lauter Erwägungen und kleinen Bedenklichkeiten verzettelt sich der Wille zur Tat. Auch diese Kreise müssen einmal vom Militär lernen: Nach kurzer, ernster Ueberlegung muß der Entschluß kommen, und der Entschluß wird dann mit allen Kräften durchgeführt. Nach dem Rate die Tat! Dann ist kein Platz mehr für das labbrige, glitschige Einerseits-Anderseits!

Die Arbeiter haben es frühzeitig gelernt; der entschlossene Schritt der Arbeiterbataillone in der alten Klassenpartei der Sozialdemokratie hat diese überraschend zu einem Siege geführt, zur Anerkennung als einer Partei, die keine Regierung mehr unbeachtet lassen darf.

Parteisoldaten müssen wir alle werden, denen deutschen Volkes Geschick nicht gleichgültig ist. Offene Augen auch für die Gegner, keine Parteibrille, aber Parteidisziplin. Und innerhalb der eigenen Partei hilft dann jeder mit zum Ausbau durch eigenes Denken und Handeln!

Ein Grundgedanke leitet alle deutschen Demokraten: Alles für das Volk! Das Volk, dessen Blut unser eigen rotes Herzblut ist, das Volk, das nicht mehr aus Klassen, aus Kasten bestehen darf wie bei den Hindus, das Volk, in dem nur nach Eigenwert und Tüchtigkeit den Platz des einzelnen bestimmen soll und ihn aus der Masse herausholt! Alles durch das Volk! Keine Regierung durch „gottgewollte Abhängigkeiten", durch einzelne Männer, die für das „Volk" ein freundliches „Wohlwollen" haben! Regierung durch das gesamte Volk selbst, das sich seine Führer erwählt und das dauernd in lebensvoller Wechselwirkung Anteil an der Gesetzgebung nimmt, die Verwaltung beaufsichtigt und von den Führern wieder über alles unterrichtet wird, so daß es wirklich imstande ist, selbst richtig zu urteilen. Das Volk, das jahrelang in beispiellosen Einigkeit und Kraft zusammengestanden hat, ist auch fähig, sich selbst zu leiten.

Wie das im einzelnen durchgeführt wird, ist Sache des Programms; das Programm ändert sich mit den Zeiten, besonders heute, wo wir — Gott sei es geklagt — nicht wissen, wieviel selbst zu bestimmen (was machen unsere österreichischen Brüder?) unsere Feinde uns gestatten. Programm ist nur eine der möglichen Ausgestaltungen auf dem unverrückbar festen Fundamente. Programm bleibt immer notwendiges Uebel, so wie es kein Haus der Welt gibt, in dem der Besitzer nicht von Zeit zu Zeit umbauen und verbessern möchte! Fest steht das Fundament, das Fundament schon der 48er Demokraten:

Ehre, Freiheit, Vaterland!

Dr. Schweer-Halle.

Der mißlungene Putsch.

Zwickau, 14. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Zur Ergänzung zu den von uns schon mitgeteilten Vorgängen in Zwickau ist noch nachzutragen, daß der A.- und S.-Rat im Landesgefängnis überführt worden ist. Am Montag fand eine Neuwahl des A.- und S.-Rates statt, die jetzt vollständig in den Händen der Mehrheitssozialisten ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190115014/fragment/page=0001

Die außerordentlichen Kriegsabgaben 1919.

Berlin, 14. Januar. Aus dem vorläufigen Steuerprogramm der Reichsregierung werden nunmehr im „Reichsanzeiger" zwei Gesetzentwürfe veröffentlicht. Der eine betrifft eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919. Es handelt sich hierbei, von einigen Abweichungen abgesehen, um eine Wiederholung der Kriegsabgabe, wie sie für das Rechnungsjahr 1918 zur Erhebung gelangte. Dabei muß aber vorausgeschickt werden, daß derjenige Teil des Entwurfs, der sich mit der Abgabe vom Vermögen der Einzelpersonen beschäftigt, nicht Gesetz werden soll, wenn die große einmalige Vermögensabgabe die Zustimmung der zur Gesetzgebung berufenen Organe finden wird.

Das Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919, so wie es im Entwurfe vorliegt, zerfällt in zwei Hauptteile: 1. in die Abgabepflicht der Einzelpersonen und 2. in die Abgabepflicht der Gesellschaften. Die Einzelpersonen sollen eine Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen zahlen. Beträge des Mehreinkommens bis 3000 Mark bleiben steuerfrei. War das veranlagte Einkommen vor dem Kriege niedriger als 10 000 Mark, so gilt als Friedenseinkommen der Betrag von 10 000 Mark.

Die Abgabe vom Mehreinkommen beträgt für die ersten 10 000 Mark des abgabepflichtigen Mehreinkommens 5 vom Hundert, für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 Mark 10 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 30 000 Mark 20 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 Mark 30 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 Mark 40 v. H., für die weiteren Beträge 50 v. H.

Die Abgabe vom Vermögen wird nur erhoben bei Vermögensbeträgen von mehr als 100 000 Mark. Sie beträgt für die ersten 200 000 Mark 1 vom Tausend, für die nächsten angefangenen oder vollen 300 000 Mark 2 v. T., für die nächsten angefangenen oder vollen 500 000 Mark 3 v. T., für die nächsten angefangenen oder vollen 1 Million Mark 4 v. T., für die weiteren Beträge 5 v. T. Maßgebend für das steuerpflichtige Vermögen ist im allgemeinen der Vermögensstand vom 31. Dezember 1918.

Gegenstand der Kriegsbesteuerung der Gesellschaften ist der Mehrgewinn des fünften Kriegsgeschäftsjahres. Während nach dem ersten Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die höchste Abgabe der Gesellschaften vom Mehrgewinn 80 v. H. betrug, ist sie in dem Entwurfe für 1919 mit 80 v. H. vorgesehen, und zwar ist die Staffelung der Abgabe bei dem Mehrgewinn degressiv. Alle Mehrgewinne über 1 Million Mark zahlen 80 v. H. Kriegssteuer. Für die geringeren Gewinne sind Ermäßigungen um 10—50 v. H. vorgesehen. Ein Uebermaß der Besteuerung wird dadurch verhindert, daß die Mehrgewinnsteuer des Reiches einschließlich der Staats- und Gemeindesteuern (soweit diese letzteren von dem den Mehrgewinn bildenden Teile des Einkommens erhoben werden) in jedem Falle nicht über 90 v. H. hinausgehen soll.

Der zweite Gesetzentwurf betrifft eine Kriegsabgabe von dem Vermögenszuwachs, der in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis zum 31. Dezember 1918 eingetreten ist. Damit soll die Kriegsgewinnbesteuerung der Einzelpersonen abschließend geregelt werden, während diese für die Gesellschaften bereits durch den Entwurf des Kriegsabgabegesetzes für 1919 (siehe die obigen Erläuterungen) vorgesehen ist. Die Einzelpersonen haben schon auf Grund des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juli 1916 und auf Grund des Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer vom 9. April 1917 eine Abgabe von dem in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis zum 31. Dez. 1916 erzielten Vermögenszuwachs gezahlt. Nunmehr wird noch einmal, und zwar jetzt

der ganze Zeitraum vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1918 erfaßt.

Doch wird die auf Grund der oben genannten Gesetze erhobene bezw. vorgesehene Steuer von den auf Grund des neuen Gesetzes zahlungspflichtigen Betrieben in Abzug gebracht.

Für die Berechnung des Vermögensstandes vom 31. Dez. 1913 ist das für die Berechnung des Wehrbeitrags festgestellte Vermögen maßgebend. Die Berechnung des Vermögensstandes vom 31. Dezember 1918 geschieht nach Maßgabe des Besitzsteuergesetzes, wobei aber wesentliche Abweichungen zu berücksichtigen sind. Besondere Abzugsrechte betreffen u. a. Erwerbungen von Todes wegen. Jeder durch Erbschaft, durch Vermächtnis, durch Anfall eines Lehensstammgutes oder Fideikommisses erworbene Vermögenszuwachs soll grundsätzlich steuerfrei bleiben, darf also von dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1918 in Abzug gebracht werden. Von dem anderen Vermögen (Vermögensstand vom 31. Dezbr. 1918) ist ferner u. a. abzuziehen der (am 31. Dezember 1913 festgestellte) Kapitalwert der auf dem Vermögen des Abgabepflichtigen ruhenden, auf die Lebenszeit einer bestimmten Person beschränkten Leistungen, wenn diese innerhalb der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1918 gestorben ist. Weiter sind abzuziehen Kapitalauszahlungen, die im Veranlagungszeitraume aus einer Versicherung erfolgt sind. Auch wer im Veranlagungszeitraume eine Schenkung von mehr als 1000 Mark empfangen hat, hat diesen Betrag von dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1918 in Abzug zu bringen; denn die Steuerabgabe soll hier den treffen, der die Schenkung vorgenommen hat. Abzugsfähig ist auch der Betrag einer Kapitalabfindung als Entschädigung für die durch Körperverletzung herbeigeführte völlige oder teilweise Erwerbsunfähigkeit. Dem auf den 31. Dezember 1918 festgestellten Vermögen sind hinzuzurechnen, wie sich schon aus den obigen Ausführungen ergibt, u. a. Schenkungen und sonstige Vermögensübergaben. Es erweist sich also, zumal da auf eine verschärfte Auskunftspflicht der Notare und Gerichte hingewirkt werden wird, als „weiles, wenn z. B. Eltern, um dadurch zu niedrigeren Steuersätzen zu kommen, Vermögensteile an ihre Kinder verschenken.

Zum Vermögensstande vom 31. Dezember 1918 sind ferner u. a. hinzuzurechnen Beträge, die im Veranlagungszeitraume in aus ändischen Grund- oder Betriebsvermögen angelegt werden sind. Der Gesetzentwurf will damit verhindern, daß in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dez. 1918 abgewanderte Vermögen der Steuerpflicht entzogen werden. Weiter soll der Verflüchtigung des Vermögenszuwachses damit entgegengewirkt werden, daß Beträge, die zum Erwerbe von Gegenständen aus edlem Metall, von Edelsteinen oder Perlen, von Kunst-, Schmuck- und Luxusgegenständen, sowie von Sammlungen aller Art aufgewendet worden sind, sich der Steuerpflicht entziehen. Ausgenommen sind aber wiederum Kunstwerke lebender oder seit dem 1. Jan. 1909 verstorbener deutscher, sowie im Deutschen Reiche wohnender Künstler.

Der Gesetzentwurf geht aber noch weiter als das Kriegssteuergesetz. Es sind nämlich dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1918 hinzuzurechnen Beträge, die im Veranlagungszeitraume zu Anschaffungen jeder Art verwendet worden sind, soweit sie insgesamt 10 000 Mark übersteigen und die erworbenen Gegenstände usw. am Ende dieses Veranlagungszeitraums (31. Dezember 1918) noch im Besitze des Abgabepflichtigen sind.

Die Höhe der Kriegsabgabe, die nur von dem den Betrag von 3000 Mark übersteigenden Vermögenszuwachs erhoben wird, beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 10 000 Mark des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 10 v. H. und steigt bis zu 100 v. H. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses. Es wird nach diesen Abgabesätzen jeder über 500 000 Mark hinausgehende abgabepflichtige Vermögenszuwachs völlig fortgesteuert, und es kann niemand nach Erfüllung der Abgabepflicht von dem abgabepflichtigen Vermögenszuwachs mehr als 199 500 Mark zurückbehalten.

Die Gesetzentwürfe werden den gesetzgebenden Körperschaften zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden.

Wollt Ihr Deutschland stark und frei,
Statt der Worte Taten,
Kommt in Scharen zur Partei
Deutscher Demokraten!

Was die Reichsregierung will.

Berlin, 13. Jan. In einem **Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk** heißt es:

„Nach einer Woche schwerer Wirren kehrt in Berlin die Ordnung zurück. Die Regierung ist sich der Zustimmung und der Hilfe des Volkes bewußt, wenn sie entschlossen ist, die Wiederholung ähnlicher Greuel mit allen Mitteln zu verhindern. Die Nationalversammlung, die am nächsten Sonntag nach dem freiesten Wahlrecht der Welt gewählt werden wird, soll die Verfassung des Deutschen Reiches bestimmen, die Regierung nach ihren Wünschen zusammensetzen und über den abzuschließenden Frieden Beschluß fassen. Die Regierung bereitet in dieser Hinsicht alles Erforderliche vor. Die Feststellung der nationalen Besitzverteilung im Osten jedoch kann nur Aufgabe der Friedenskonferenz sein. Gegen den polnischen Annexionismus bedarf unser Land des Schutzes, den ihm das Volk nicht versagen darf. Nicht minder gilt es, unsere Grenzen gegen die neue russische Militärdespotie zu schützen, die einen neuen Weltkrieg entfesseln will, dessen Schauplatz unser Land sein würde. Die gegenwärtige Regierung besteht aus Vertretern der Arbeiterklasse, aus Sozialdemokraten. Sie kann nur handeln nach ihren eigenen politischen Grundsätzen. Ueber ihr steht niemand als das Volk selbst, das in freier Entschließung ihr Programm verwerfen oder billigen kann. — In Treue zu unserem Volk, in Treue zu unserer Ueberzeugung werden wir unsere schweren Amt weiterführen oder von ihm willig zurücktreten, je nachdem wie die Entscheidung des Volkes ausfällt."

Kündigung des holländischen Wirtschaftsabkommens mit Deutschland.

Amsterdam, 14. Jan. „Algemeen Handelsblad" meldet, daß das Wirtschaftsprovisorium zu Deutschland gekündigt sei. Das neue mit den Alliierten beschlossene sieht auch eine Regelung der Ausfuhrbeziehungen Hollands zu Deutschland vor. Im Augenblick besteht kein einziges amtliches Abkommen über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland. Ueber die Neuregelung wird noch verhandelt.

Lebensmittel an Deutschland.

Gegenleistung für neue Waffenstillstandsforderungen.

Genf, 14. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die im französischen Auswärtigen Amt abgehaltene Konferenz zwischen den leitenden Staatsmännern der Alliierten wird noch berichtet: Marschall Foch erklärte, daß Deutschland das Kriegsmaterial gemäß den Waffenstillstandsbedingungen abgeliefert habe, daß aber in der Auslieferung der Lokomotiven und des rollenden Materials eine Verzögerung eingetreten sei. Die Auslieferung der französischen Kriegsgefangenen könne als befriedigend gelten, nicht aber das körperliche Befinden der Gefangenen. Nach den Erklärungen Fochs solle der Waffenstillstand verlängert werden. Die Entente müsse aber neue Forderungen aufstellen, für deren Erfüllung als Gegenleistung die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln in Betracht gezogen werden könne. Einen breiten Raum in der Debatte nahm die Verhandlung über die Auslieferung der deutschen Handelsflotte ein. Der französische Marineminister machte den Vorschlag, zur Ueberwachung der Ablieferung einige deutsche Häfen zu besetzen. Die deutsch-polnischen Gegensätze wurden gleichfalls erörtert, ein Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt. Die Konferenzteilnehmer waren sich aber darüber einig, daß den Kämpfen durch Festsetzung einer Demarkationslinie ein Ende gemacht werden müsse, und daß gleichzeitig von Deutschland verlangt werden müsse, daß die Bolschewiki in Rußland weder direkt noch indirekt von Deutschland aus unterstützt werden.

Verhandlungen des Zentralrates mit den Unabhängigen.

Berlin, 14 Jan. Der Zentralrat trat am 13. Januar in Verhandlungen ein mit der Kommission der revolutionären Obleute, dem Berliner Zentralvorstand der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Groß-Berliner Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde die Stellung der revolutionären Obleute erörtert. Es ergab sich aus den Verhandlungen, daß die revolutionären Obleute der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören, daß aber ihre Beschlüsse unabhängig von dem Vorstand der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands gefaßt und später ausgeglichen werden. Ueber die Wahl und die Befugnisse der revolutionären Obleute und den Kreis der Arbeiter, die sie vertreten, wurde völlige Klarheit nicht geschaffen. Darauf wurde in die sachlichen Verhandlungen eingetreten. Von den Vertretern der Obleute und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde gefordert, daß die

Um Ehre und Recht.

Roman von Fr. Sembner.

40. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Das wird niemals geschehen, Herr Born! Sie kennen ja auch den Charakter der Baronin. Ich bitte Sie, als Ihr alter Freund, treiben Sie die Angelegenheit nicht auf die Spitze."

„Sie nennen sich meinen alten Freund — wo war denn diese Freundschaft, als man mich in der elendesten Weise verleumdete? Wo war sie, als man mich sogar eines Diebstahls zieh?"

„Aber man fand doch das Etuis in Ihrem früheren Zimmer."

„Kann es nicht ein anderer dorthin gelegt haben, Herr Grupe?"

Er sah den alten Mann fest an. Dieser zwinkerte verlegen mit den Augen und dann brach er los:

„Der Henker soll mich holen, Herr Born, ich habe Sie stets für einen ehrlichen Menschen gehalten! Die dumme Geschichte damals im „Weißen Roß" lag ja auch ganz anders, als sie dieser Schleicher, der jetzt leider Gottes den Herrn auf Hambach spielt, dem seligen Baron erzählte. Wir haben das später erfahren. Aber das Weibergeschwätz hat mich ganz dumm gemacht, zuerst die Baronin dann meine Alte und meine Tochter, die dumme Gans, und schließlich Frau Julie von Pielowsky — der Kuckuck hole sie alle!"

„Wir wollen nicht zu scharf mit ihnen in das Gericht gehen lieber Herr Grupe," entgegnete Fritz lächelnd, „wenn sie nur ihren Irrtum einsehen, wie Sie es eben getan haben. Sagen Sie der Baronin, daß ich jederzeit zur Versöhnung bereit bin, daß ich alles, was geschehen ist, vergessen werde, nur muß auch sie von ihrem verhängnisvollen Irrtum zurücktreten und essen und sich bekennen, daß sie sich geirrt hat."

„Sagen will ich's ihr schon, Herr Born," erwiderte der Inspektor und rieb mit verlegener Gebärde sein Kinn. „Aber ob's etwas nützen wird, das bezweifle ich. Der Herr Stanislaus und die Frau Julie haben da zu großen Einfluß. Ach lieber Born Sie wissen garnicht, was das jetzt für ein Leben auf Hambach ist! Ich alter Mann muß mich von diesem dummen Jungen schikanieren lassen, wenn das noch lange so fortgeht, dann kündige ich meine Stellung auf. Dabei verliert selbst ein Esel die Geduld!"

„Sie müssen in Hambach bleiben, Herr Grupe," sagte Fritz ernst „um der Baronin und der ganzen Familie willen. Sie sind ja doch der einzige, der diesem jungen Menschen mit Erfolg entgegenarbeiten kann. Denken Sie daran, was geschehen würde, wenn Stanislaus Prokowsky ganz allein in Hambach herrschen würde."

„Donnerwetter, das würde da bald der Teufel los sein," knurrte der alte Inspektor, „und alles drunter und drüber gehen."

„Also müssen Sie bleiben und dürfen Ihren Posten nicht verlassen — wollen Sie mir das versprechen, Herr Grupe?"

„Was haben Sie denn für ein Interesse?"

„Vielleicht hat Erika noch einmal einen guten Freund auf Schloß Hambach nötig."

„Ach so — da haben Sie recht! Hier meine Hand, Herr Born, ich bleibe auf meinem Posten und der Frau Baronin werde ich auch meine Meinung sagen."

„So ist's recht, lieber Herr Grupe. Sind wir nun wieder Freunde?"

„Ja — und für immer!"

XVII.

Am folgenden Morgen gab ein Reitknecht vom Schloß Hambach einen Brief an Fritz ab, aus dem, als er ihn öffnete, ein anderer Brief an Erika herausfiel.

„Ein Brief von deiner Mutter, Erika," sagte Fritz, den Brief Erika reichend, mit der er im Garten in ernstem Gespräch auf und ab ging.

Erika las den Brief und reichte ihn dann Fritz.

„Lies", sagte sie traurig. „Ich habe es nicht anders erwartet."

Der Brief lautet:

„Erika! Deine Widersetzlichkeit, dein Trotz und Eigensinn überschreiten alle Grenzen. Wenn du geglaubt hast, dein törichtes Benehmen könnte mich in meinen Entschlüssen und Absichten irre machen, so hast du dich geirrt. Ich spreche jetzt das letzte Wort zu dir: Entweder du kehrst augenblicklich reumütig zu mir zurück und bittest um Verzeihung, worauf ich mir dann das Weitere über deine Zukunft vorbehalten werde, oder du bist meine Tochter nicht mehr und magst sehen, wie du allein durch die Welt kommst. Ich bekümmere mich nicht mehr um dich.

An Miß Bayley ersuche ich dich zu bestellen, daß sie aus alle Fälle aus meinen Diensten entlassen ist und nicht die Frechheit besitzen soll, noch einmal nach Schloß Hambach zurückzukehren. Sie mag dem Hausbofmeister mitteilen, wohin ihre Sachen geschickt werden sollen.

Deine Mutter

Adelheid, Baronin Hambach."

Fritz sah ernst vor sich nieder. In der Nacht, die er fassungslos verbracht hatte, war er sich über den Ernst der Lage vollkommen klar geworden: Gestern war er noch zu ernst und zu hingerissen von der großmütigen Handlungsweise Erikas, heute sah er aber die Angelegenheit mit kühlerem Auge an und war sich bewußt geworden, daß er das Opfer Erikas nicht annehmen durfte.

„Was ist da zu machen?" fragte Erika mit einem leichten Seufzer. „Ich wußte ja, daß es so kommen würde."

„Erika", sagte Fritz leise und scheu, denn er wußte, daß er sie überraschen, wenn nicht erzürnen würde. „Du weißt, daß ich dich von ganzer Seele liebe, daß ich deine Handlungsweise, die an Großmut ihresgleichen nicht findet, auf das höchste bewundere, daß ich dir nie vergessen werde, was du für mich getan hast; mißverstehe mich also nicht, wenn ich dich bitte, zu deiner Mutter zurückzukehren."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190115014/fragment/page=0002

Regierung durch den Zentralrat abberufen würde. Bei Begründung dieser Forderung wurde verlangt, daß die Entscheidung hierüber sofort erfolgen solle. Demgegenüber wurde erwidert, daß ohne Beratung über die neuen Personen und ohne Feststellung des Programms, das die neue Regierung zu vertreten habe, über die Abberufung der jetzigen Volksbeauftragten nichts beschlossen werden könne. Die Verhandlungen wurden darauf auf Dienstag nachmittag 1/2 3 Uhr vertagt.

Die Absichten der braunschweigischen Spartakisten.

Braunschweig, 14. Jan. Die braunschweigische Regierung sperrt durch einen Aufruf zur Bildung einer mittelnordeutschen Bundesrepublik auf. Als verlustige Verfassung dieses Gemeinwesens schlägt die braunschweigische Regierung eine konsulare Verfassung ähnlich der Schweiz vor, worüber die Arbeiter- und Soldatenräte der verschiedenen Gebiete zu beschließen hätten. Der Aufruf schließt: „Eile tut not! Es gilt, die Nationalversammlung vor eine vollendete Tatsache zu stellen."

Die Landtagswahlen in der bayerischen Pfalz.

Mannheim, 14. Jan. Die bayrischen Landtagswahlen sollen in der Pfalz am 2. Februar stattfinden. Die französische Besatzungsbehörde aber verlangt ihre Abhaltung noch im Januar. Wegen den Wahlen zur Nationalversammlung kommt dafür nur der 26. Januar in Betracht. Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt.

Kriegsgefangenen-Rücktransport aus England.

Berlin, 14. Jan. Die englische Regierung setzt erfreulicherweise den Abtransport kranker und verwundeter deutscher Kriegs- und Zivilgefangener in die Heimat fort. Es sind in der letzten Zeit folgende Transporte angekommen: In Neufahrwasser etwa 850 Zivilgefangene in der Lademündung 2000 Zivilgefangene, in Rotterdam ein englisches Hospitalschiff mit 28 Offizieren und 990 Unteroffizieren und Mannschaften, die den Austauschbedingungen für Schwerverwundete entsprechen. Von dort aus ist die Weiterführung mit einem Lazaretzug nach dem Heimkehrlager Bremen erfolgt.

Also doch ein diktierter Friede.

London, 13. Jan. Die „Times" schreibt: Es ist unmöglich, zu sagen, wie lange die Friedenskonferenz dauern wird. Große Anstrengungen sind gemacht worden, um sie abzukürzen, denn alle alliierten Nationen streben darnach, zu friedensmäßigen Gewohnheiten zurückzukehren und diese Gewohnheiten in allen anderen Ländern wiederherzustellen. Wenn die Konferenz der Alliierten sich über die Bedingungen des Präliminarfriedens geeinigt haben wird, werden diese dem Feinde zur Annahme vorgelegt werden. Der Frieden wird ein diktierter Frieden sein, obgleich die Bedingungen unendlich viel milder sein werden als die, welche Deutschland, wie es den Rumänen sagte, uns auferlegen wollte.

Blutige Streikunruhen in Argentinien.

Buenos-Aires, 14. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Trotz der Mitteilung des Streikkomitees, daß der Streik beendet sei, dauerten die Schießerei und die anderen Unregelmäßigkeiten den ganzen Tag und die ganze Nacht an. Die Zahl der Opfer wird auf 1000 geschätzt. Der militärische Diktator Delle Pyane hat alle Versammlungen von Arbeiterorganisationen verboten und alle Polizeibureaus mit Truppen besetzen lassen. Das Kongreßgebäude wird von einer Abteilung Artillerie verteidigt. Die Truppen stehen unter dem direkten Befehl des Parlaments. Den ganzen Sonnabend herrschte in der Stadt Anarchie. Diebstähle standen auf der Tagesordnung. Die Lebensmittelversorgung ist kritisch. Vor allem im russischen Viertel ist es zu ernsten Kämpfen gekommen. General Delle Pyane befahl, alle russischen Elemente zu verhaften und auf einem im Hafen liegenden Kriegsschiff zu internieren.

Aus der demokratischen Bewegung.

An die akademischen Frauen!

DPK. An die akademischen Frauen richtet sich der nachstehende Weckruf:

Kommilitoninnen. Ihr habt Euch bisher vom politischen Leben ferngehalten. Sinne, Gedanken und Kräfte waren nur auf eines gerichtet: in dem erwählten Beruf etwas Tüchtiges zu leisten. Gut so. Im Hader und Phrasengepränge der vergangenen politischen Aera war kein Platz für Eure Mitarbeit.

Jetzt aber gilt es nicht müßigen Streit, der Euch ohne Not von Euren Lebenszielen ablenkt: Eure eigene Zukunft ist in der Eures Landes bedroht, Deutschland bedarf Eurer bei seiner Neugestaltung.

Aus der reinen Luft der Wissenschaft müßt Ihr den Schritt ins öffentliche Leben tun und Euch unter eigener freier Verantwortlichkeit zu einer Partei bekennen.

Die Revolution hat alte Schranken zerbrochen, einer neuen Zeit die Tore geöffnet.

Wollt Ihr Euch durch radikale Ausschreitungen oder durch reaktionäre Bestrebereien um ihre Früchte betrügen lassen?

Was will die Akademikerin vom Deutschen Volksstaat?

Die Akademikerin will volle politische und soziale Gerechtigkeit für alle Bürger und Bürgerinnen, keinen Klassenstaat, keinen Klassenkampf. Sie will, daß der Eintritt in die akademische Laufbahn nicht von der sozialen Stellung oder den Vermögensverhältnissen der einzelnen abhängig gemacht wird, sondern daß allein die Eignung entscheidet. Sie will den Ausstieg in alle Stellungen verbürgt haben, die ihr nach ihren Leistungen zustehen.

Sie erfordert Wahrung ihrer Individualität, kein Untergehen im erstarrenden Schematisieren des Sozialismus.

Das sichert ihr die Deutsche demokratische Partei.

Kommilitoninnen, auch die Demokratie ist sozial, doch nicht sozialistisch.

Auch die Demokratie zielt auf die Republik doch nicht auf die Diktatur, weder die von rechts, noch die von links.

Die Demokratie ist die Partei der Jugend, denn wer demokratisch denkt, ist jung.

Die Demokratie ist eine Partei auch für Akademiker, denn in der Demokratie ist der Staat Werkzeug der Persönlichkeiten.

Die Demokratie ist die Partei der Frauen, denn sie gibt gleiches Recht für alle Volksgenossen, freies es Männer oder Frauen. Sie ruft der Frau das Gebot zu: „Laß dich gelüsten nach der Männer Bildung, Kunst, Weisheit und Ehre"

Kommilitoninnen, auf zum Anschluß an die Deutsche demokratische Partei auf zur Mitarbeit!

Werbt, redet, agitiert!

Wählt für die Deutsche demokratische Partei, die Partei der Frauen!

Halle und Umgegend.

Halle den 15 Januar 1919

Der konservative Verleumdungsfeldzug gegen die Deutsche demokratische Partei.

Immer maßloser wird, je näher der Tag der Wahlen zur Nationalversammlung rückt, die Hetze der Konservativen gegen die Deutsche demokratische Partei in unserem Wahlkreise. So manche dreiste Lüge hat namentlich die Wortführerin in unserem Wahlkreise, die „Saalische Zeitung", im Verlauf der letzten Wochen gegen die Deutsche demokratische Partei und ihre Führer verbreitet, das Dümmste und Aergste leistet sie sich aber in ihrer gestrigen Abendnummer. Sie behauptet, um die Deutsche demokratische Partei des Verrats am Bürgertum beschuldigen zu können, die Deutsche demokratische Partei habe den Mehrheitssozialisten ein Wahlbündnis angeboten, sei aber abgewiesen worden!!

Nicht ein einziges Mal, so oft auch die Deutsche demokratische Partei Vorstandssitzungen, Bezirkstage oder öffentliche Versammlungen abgehalten hat, ist auch nur der Gedanke aufgetaucht, sich mit den Sozialisten zu verbinden. Die Deutsche demokratische Partei weiß, eine wie tiefe, unüberbrückbare Kluft sie durch ihr Programm und durch ihre Weltanschauung von der Sozialdemokratie trennt, auch von der Sozialdemokratie Ebert-Scheidemann. Zum anderen ist sie sich dessen bewußt, daß sie der Werbekraft ihrer Grundsätze und der Ueberzeugungskraft ihrer Ideen genug vertrauen darf, um mit Zuversicht und begründeter Hoffnung auf Erfolg in den Wahlkampf eintreten zu können. Dafür sind ihr ein vollgültiger Beweis die Massenanmeldungen zu der Deutsch-demokratischen Partei, die gerade im Wahlkreise Halle-Merseburg viele, viele Tausende neuer Mitglieder, Männer und Frauen aller Stände, umfassen.

Geradezu lächerlich sind die Beschuldigungen, die von den Konservativen, den Herren, die jetzt den klangvollen Namen Deutschnationale „Volkspartei" zum Zwecke des Stimmenfanges angenommen haben, zumal der Hauptvorwurf, die Deutsche demokratische Partei sei international und die Partei des Berliner Tageblattes. Will man Leuten, wie dem Postsekretär Delius-Halle, dem Landwirt William Koch-Unterfarnstedt, Oberlehrer Dr. Blankenburg-Zeitz, Frl. Dr. Agnes Gosche-Halle, Fleischermeister Mangold-Halle usw., die als führende Namen auf der Liste der Deutschen demokratischen Partei stehen, im Ernst Nationalgefühl absprechen? Oder wird jemand mit ehrlichem Gewissen Männern, wie Professor Emil Abderhalden, Volksschullehrer Degenhardt-Erfurt, Gutsvorsteher Hösler-Zeitz, Chefredakteur Wilhelm Nebelung-Nordhausen, Rechtsanwalt Dr. Schreiber-Halle, Bürgermeister Dr. Hagemeister-Suhl, Landwirt Karl Hirt in Großengottern und den anderen, die die Liste für die preußische Landesversammlung aufführt, vaterlandslose Gesinnung nachsagen dürfen? Das kennzeichnet die infame Art, mit der die Konservativen und ihr Organ, die „Saalesche Zeitung", auch diesmal den Wahlkampf führen

Die Deutsche demokratische Partei ist sich bewußt, daß gerade die konservativen Parteien die Hauptschuld an dem so tief zu beklagenden furchtbaren Niedergang unseres großen deutschen Vaterlandes tragen. Sie sind es gewesen, die Jahrzehnte hindurch ein Regierungssystem vertraten, das weite wertvolle Schichten unseres Volkes von der Mitarbeit ausschloß, das dem Junkertum und dem Großgrundbesitz die Führerstellen im Staat vorbehielt und alle Politik nach dem Interesse dieser kleinen engherzigen Kaste abmaß. Die Deutsche demokratische Partei wendet sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die Bestrebungen, die letzten Endes nur auf eine Fortsetzung jenes unheilvollen Systems hinauslaufen, das in erster Linie den Zusammenbruch unseres Vaterlandes herbeigeführt. Aber mit derselben Entschiedenheit bekämpft sie selbstverständlich andererseits die ausschließliche Klassenherrschaft, welche gegenwärtig die Sozialdemokratie im Staat aufrichten will.

Die Deutsche demokratische Partei vertritt den Grundsatz: Gleiches Recht für Alle. Darum ist das Wohl aller schaffenden Stände und damit das Wohl des Vaterlandes, das es schöner und besser in ernster Arbeit aufzubauen gilt, bei ihr am besten aufgehoben.

Die denkende Wählerschaft in Stadt und Land wird den Hetzern am kommenden Sonntag, dem Tage der Nationalwahlen, die rechte Quittung geben, indem sie in Massen die Liste der Deutschen demokratischen Partei wählt, die Liste mit den Namen Delius, Koch, Blankenburg. Dazu helft alle, ihr Männer und Frauen. Kommt ausnahmslos zum Wahltisch und gebt eure Stimme ab für die Partei des Fortschritts und der Gerechtigkeit:

für die Deutsche demokratische Partei!

Demonstration vor dem Oberbürgermeister-Hause.

Einige hundert Mann, zumeist jüngere Leute mit zwei roten Fahnen zogen Dienstag Abend gegen 5½ Uhr vor das Haus des Oberbürgermeisters am Kirchtor und verlangten stürmisch, daß er sich zeige und Erklärungen über die Forderungen der Kriegsbeschädigten usw. und über eine ihm in den Mund gelegte verletzende Aeußerung gegenüber den Kriegsverletzten abgebe. Als Herr Dr. Rive sich nicht sprechen ließ, versuchten die Demonstranten, sich den Eingang in das verschlossene Haus mit Gewalt zu erzwingen. Schließlich empfing der Oberbürgermeister eine Abordnung der Demonstranten, bald danach erklärte er aus einem Fenster heraus den Anwesenden, daß er die ihm zugeschriebene Aeußerung nicht getan habe. — Die Menge verlangte nun, er solle sich sofort mit aufs Rathaus begeben. Dr. Rive willigte ein. Er fuhr in einem zufällig vorbeikommenden Auto mit einer Begleitung von einigen Demonstranten in die Sitzung des Arbeiterrats ins Stadthaus. Später langte auch der Zug der Demonstranten auf dem Markte an. Der Vorsitzende vom Vollzugsausschuß des Arbeiterrates, Kilian, erschien auf dem Balkon des Stadthauses und teilte mit, daß Herr Dr. Rive es ablehne, jetzt zu der Menge zu reden. Der Arbeiterrat, der sich übrigens bezüglich der Erfüllung der Forderungen der Kriegsbeschädigten ganz auf die Seite der letzteren stelle, werde jedoch dafür sorgen, daß der Oberbürgermeister sich vor dem Arbeiterrat und einer Delegation der Kriegsbeschädigten verantworten werde.

Der Zug löste sich sodann auf.

Bergarbeiter-Demonstration.

Die Bergarbeiter des Reviers Halle, von Ammendorf, Brundorf und Gröbers veranstalteten gestern in Stärke von ungefähr 3000 Mann vor dem hiesigen Stadthause eine Demonstration. Durch eine Abordnung ließen sie erklären, daß sie geschlossen hinter dem Arbeiterrate Halle ständen, den sie mit allen Mitteln zu schützen entschlossen seien. Sie verlangten außerdem sofortige Sozialisierung aller Grubenunternehmungen, sofortigen Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann und Einsetzung einer entschieden sozialistischen Regierung, Verbilligung des Lebensunterhalts und Festsetzung customlicher Mindestlöhne. Hieran schloß sich eine Versammlung im Volkspark.

In der hallschen Metallindustrie wird heute die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die gestrigen Verhandlungen haben zu einem Abkommen zwischen dem Verband der Metallindustrie und der Arbeiterorganisationen geführt, wonach ein Mindeststundenlohn von 1,10 Mk. für die ungelernten, 1,30 Mk. für die angelernten und 1,60 Mk. für die gelernten Metallarbeiter gewährt wird. Akkordarbeit wird grundsätzlich nicht abgeschafft.

* **Städtische Gesundheitspflege.** Das Gesundheitsamt (städtisches und schulärztliches Amt) hat seinen Dienst wieder in vollem Umfange aufgenommen. Die schulärztliche Fürsorge, ausgeübt von Stadtarzt Prof. von Drigalski, Stadtschularzt Dr. Peters und Stadtassistenzarzt Dr. Rech erstreckt sich auf alle Angehörigen sämtlicher städtischer Schulanstalten. Alle Untersuchungen und Beratungen durch die genannten Aerzte geschehen kostenfrei. Die eigentliche ärztliche Behandlung gehört dagegen nicht zu den schulärztlichen Obliegenheiten, sondern bleibt den Hausärzten usw. vorbehalten. Es halten Sprechstunden ab im städtischen Gesundheitsamt Schmeerstr. 11I: Stadtarzt Prof. von Drigalski und Stadtassistenzarzt Dr. Rech für Angehörige der Mittel- und Höheren Schulen. Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 1/2 9—1/2 10 Uhr vormittags. Stadtschularzt Dr. Peters für Angehörige der Volksschulen, Montag und Donnerstag von 8—9 Uhr vormittags, Dienstag und Freitag von 11—12 Uhr vormittags. In sonstigen Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege ist der Stadtarzt auch zu anderen Zeiten auf telephonischen Anruf (Magistrat) zu sprechen.

Herr Professor Deutschkron bittet um Aufnahme folgender Erklärung: In meinem Vortrage am Sonntag in den Thaliasälen habe ich nur ausgesprochen, daß die demokratische Partei jede persönliche Kampfesweise ablehnt; wir würden z. B. nicht das Gleiche gegen die Person des Grafen Posadowsky sagen, den wir als einen sehr sympathischen und verdienten Mann sehr hochschätzen; wenn wir ihn bekämpften, so würde das nur soweit geschehen, als er die Anschauungen der Deutsch-nationalen Partei vertrete.

Folgende weitere Erleichterungen für den Postverkehr an dem unbesetzten Deutschland nach den besetzten Gebieten sind eingetreten: a) nach der amerikanischen Besatzungszone sind gestattet außer Briefen an Kriegsgefangene verschlossene Briefe in dringenden persönlichen und in allen Geschäfts-, Geld- und Verwaltungsangelegenheiten, Zeitungen, Drucksachen, Postanweisungen und Wertbriefe. Die amerikanische Besatzungszone umfaßt den Ober-Postdirektionsbezirk Trier (ausgenommen die Orte Mersig, Birkenfeld, Oberstein und die Gebiete südlich dieser Orte), den linksrheinischen nördlichen Teil des Ober-Postdirektionsbezirks Koblenz bis zur Linie Boppard-Simmern-Büchenbeuren einschl., ferner das Brückenkopfgebiet von Koblenz (ausgenommen den Kreis St. Goarshausen und den Unterlahnkreis); b) nach der französischen Besatzungszone (ausgenommen Elsaß-Lothringen) sind Pakete mit Lebensmitteln ohne anderen Inhalt und ohne briefliche Mitteilungen zur Beförderung über Frankfurt-Wiesbaden zugelassen worden. Pakete mit anderem Inhalt als Lebensmitteln und mit brieflichen Mitteilungen werden feindlicherseits beschlagnahmt. Die französische Zone umfaßt alle besetzten deutschen Gebiete südlich der amerikanischen Zone, also insbesondere die südlichen Teile der Ober-Postdirektion Trier und Koblenz (linksrheinisch), Rheinhessen und ferner das Brückenkopfgebiet von Mainz und vom Brückenkopfgebiet Koblenz die Kreise St. Goarshausen und Unterlahnkreis. Ueber die in Betracht kommenden Postorte der Brückenkopfgebiete gehen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft; c) nach der Rheinpfalz sind auch Wert- und gewöhnliche Pakete und Wertbriefe wieder zugelassen worden. Soweit sich aus den vorstehenden Angaben unter a), b) und c) nichts anderes ergibt, verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Bruno Hendrichs Konservatorium für Musik und Theater. Es wird mitgeteilt, daß die 192. Musik-Aufführung, in der auch kleine Schüler zum Vortrag kommen, am Donnerstag, den 16. Januar 1919, im Saale des Konservatoriums stattfindet und schon um 6 Uhr beginnt.

Provinzial-Nachrichten.

v **Schraplau**, 14. Januar. (Der Glockenturm als Versteck für Diebesgut.) Die gestohlenen Treibriemen vom Kalkwerk wurden im Kirchturm bei den Glocken gefunden.

□ **Bahnhof Mansfeld**, 11. Januar. (Von der Wippertalbahn.) Wie so manches Unternehmen mußte auch der Bau der Wippertalbahn, womit im Sommer 1913 begonnen wurde, kurz nach Ausbruch des Krieges eingestellt werden. Bei Beginn des Baues war damals eine Bauzeit von zwei Jahren in Aussicht genommen und sämtliche Erd- und Betonarbeiten der Firma Preuße-Braunschweig für den Preis von 1 500 000 Mk. übertragen worden. Nachdem aber jetzt die Löhne bedeutend gestiegen sind, kam es zwischen obiger Firma und der Regierung zu längeren Verhandlungen, da sich der Unternehmer außerstande sah, die Arbeiten für den Friedenspreis zu erledigen. Nun ist eine Einigung erzielt worden. Am 1. Januar d. Js. wurde das Baubureau in Mansfeld wieder eröffnet und die Arbeiten an der Bahn wieder voll aufgenommen. Die Strecke Bahnhof Mansfeld—Leimbach ist schon soweit fertig, daß sie den Güterverkehr übergeben werden konnte, was besonders der Rübenabfuhr von Leimbach usw. sehr zustatten kam. Eine Hauptarbeit bildet noch der Tunnel unterhalb Rammelburg, wo es noch nicht zu einem Durchstich gekommen ist. Alle übrigen Bauten sind gut fortgeschritten. Der Bahnhof Mansfeld—Leimbach ist ziemlich fertiggestellt. Auch in Wippra, wohin außer Beamten- und Stationsgebäude ein Maschinenschuppen kommt, machen die Arbeiten gute Fortschritte. Dieser Tage weilte eine Regierungskommission hier, welche die Strecke besichtigte. Wie man hofft, soll im kommenden Sommer die Bahn in Betrieb genommen werden.

Aschersleben, 14. Januar. (Das Ende der Garnison.) Das hiesige Bataillon der 72er wird bis zum 20. Januar aufgelöst. Es bleibt dann nur noch von militärischen Einrichtungen das Lazarett und ein Auflösungskommando von 30 Mann hier. Die Jahrgänge 1898—99 des Bataillons, die weiter dienen müssen, sind heute vormittag bereits zum aktiven Regiment 72 nach Torgau abtransportiert worden. Der Traum Achersleben als Garnison ist ausgeträumt.

+ **Günthersdorf**, 14. Januar. (Raubmord.) In Robden bei Günthersdorf wurde in der Nacht eine grauenvolle Tat vollführt. Eine Anzahl junger Burschen, auch Soldaten sollen dabei gewesen sein, drangen in das Mühlengrundstück des Müllers Bernhard, der sofort erschossen wurde. Dann kam man zur Wohnstube, fesselte Frau Bernhard auf einen Stuhl und verlangte von ihr unter Vorhaltung eines Revolvers Lebensmittel und Geld. Die Frau gab in ihrer Todesangst die vorhandenen Fleischwaren und 50 Mark heraus. Die Mörder und Räuber sind unerkannt entkommen.

W. **Erfurt**, 14. Januar. (Spartakusexzesse nach hallischem Muster.) Hier haben Spartakusunruhen begonnen. Die Demonstranten bildeten einen großen Zug, besetzten das Wahlbureau der Deutsch-nationalen Volkspartei und warfen aus dem Wahlbureau Flugschriften auf die Straße und verbrannten sie. Der Erfurter Allgemeine Anzeiger ist von Spartakisten besetzt worden. Die Demonstrationen dauern fort.

ʒ **Artern**, 14. Januar. (Eisenbahnraub.) Vorgestern ist auf dem hiesigen Bahnhof ein Güterzug beraubt und zwar sind zehn Sack Weizen gestohlen. Der Zug ist von Erfurt hier eingelaufen. Währenddem sind zwei Militärzüge rechts und links davon aufgefahren, um kurze Zeit hier zu ruhen. In dieser Zeit sind von einem Güterwagen die Plomben entfernt und der Weizen herausgeholt. Als der eine Militärzug wieder ausgefahren ist, hat man die Spur von Körnern vom Güterwagen aus verfolgen können. Sie hat z. T. auf den nach stehenden Militärzug hingewiesen und hier hat man auch einen Sack mit Weizen vorgefunden, während die übrigen neun Sack mit dem anderen Militärzuge schon ausgeführt waren. In Sangerhausen war aber nach telephonischer Anzeige nichts mehr festzustellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190115014/fragment/page=0003

Vermischtes.

Fabrikbrand mit Menschenverlust.

Crimmitschau, 14. Jan. Die „Stadt- und Landeszeitung" meldet: Ein großes Feuer brach heute nachmittag gegen ½5 Uhr in der Spinnerei von Karl Bötzger in Crimmitschau aus. Durch das Heißlaufen einer Welle der Transmission vom Erdgeschoß des großen vierstöckigen Spinnereigebäudes verbreitete sich das Feuer mit rasender Schnelligkeit durch den Transmissionsschacht in allen vier Stockwerken. Ein Teil der im Betriebe beschäftigten Arbeiter konnte nicht rechtzeitig den Weg ins Freie finden, so daß bei dem Brande auch einige Personen, man spricht von 5 bis 10, ums Leben kamen und einige verletzt wurden.

Drohende Kohlennot in Berlin. Die Zufuhren von Braunkohlen-Briketts nach Groß-Berlin sind gegenwärtig erschreckend zurückgegangen. Während im Dezember nur etwa 60 Prozent des tatsächlichen Bedarfes herangeschafft wurden, wird im Januar kaum mit der Hälfte der benötigten Mengen gerechnet werden können. Der Rückgang ist in der Hauptsache auf die unzureichende Förderung von Braunkohlen in der Niederlausitz infolge von Arbeitermangel zurückzuführen.

Wiedereröffnung der Fahrten von Hamburg nach Helgoland. Nach viereinhalbjähriger Pause begann am 9. Januar wieder die Fahrt von Hamburg nach Helgoland, als erste der Hamburger Seehäfen, freudig von der Bevölkerung begrüßt. Zunächst ist eine zweimal wöchentliche Verbindung mit Helgoland und dreimal wöchentlich mit Cuxhaven geplant, und zwar für Reisende und Fracht. Die Wiedereröffnung der Fahrten ist durch Genehmigung der alliierten Waffenstillstandskommission ermöglicht worden; sie wird für Helgoland zur Verproviantierung der Inselbewohner eine große Bedeutung haben.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Metallbeschlagnahme durch die Franzosen. Mannheim, 14. Januar. Die Franzosen haben bis jetzt in dem von ihnen besetzten Gebiet Metall, besonders Metallwalzen, im Werte von ungefähr acht Millionen Mark beschlagnahmt.

Erhöhung der Kohlenpreise für Sachsen. Nach Mitteilung von Bürgermeister Dr. Kühn in Bischofswerda ist für Sachsen eine Erhöhung der Kohlenpreise um 30 Prozent rückwirkend vom 1. Januar 1919 ab genehmigt worden.

Mannesmannröhrenwerke in Düsseldorf. Von der Verwaltung liegt die folgende Aeußerung über den Uebergang des Unternehmen auf die Friedenswirtschaft vor: Bei den heutigen Zuständen, die alles in fortwährendem Fluß halten, und wo der eine Tag vielfach das umstößt, was der andere geschaffen hat, ist es schwer, ein abgeschlossenes Bild von der Lage unserer Düsseldorfer Betriebe zu geben. Soviel kann indessen heute schon gesagt werden, das der Betrieb auch unserer Gesellschaft schwer leiden muß, wenn nicht von den Arbeitnehmern ein größeres Maß von Einsicht in die wirkliche Lage der Dinge aufgebracht wird. Insbesondere wird es unbedingt erforderlich sein, daß die Arbeiter einsehen lernen daß die Forderungen auf Herabsetzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne unbedingt Grenzen haben müssen, die vor allem durch die Wettbewerbsmöglichkeit Deutschlands auf dem Auslandsmarkte gezogen werden. Von dieser Frage wird die von uns betriebene Industrie nicht minder berührt wie jegliche andere.

Oberschlesische Kokswerke und chemische Fabriken, Akt.-Ges. in Berlin. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen des Jahres 1918 könnte eine Dividende gezahlt werden, die hinter der der letzten fünf Jahre (durchgängig 17 Proz.) nicht zurückbleibt. Die Entscheidung des Aufsichtsrats über die Höhe der Dividende dürfte aber von der Weiterentwicklung der Verhältnisse abhängen.

„Union", Fabrik chemischer Produkte in Stettin. Der Aufsichtsrat beschloß der auf den 14. Februar nach Stettin einzuberufenden Generalversammlung nach Vornahme angemessener Abschreibungen (i. V. 408 740 Mk.) die Auszahlung einer Dividende von 7 Proz., wie im Vorjahre, vorzuschlagen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport, und Briefkasten. Heinrich Miechner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: J. V.: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Deutsche demokratische Partei
Vereinigte Liberale.

Unsere Kandidaten sind:

1. Landtagsabgeordneter Postsekretär **Karl Delius,** Halle.
2. Reichstagsabgeordneter Landwirt **William Koch,** Unterfarnstedt.
3. Landtagsabgeordneter Oberlehrer Dr. **Blankenburg,** Zeitz.
4. Frl. **Agnes Dr. Gosche,** Halle.
5. Fleischermeister **August Mangold,** Halle.
6. Gewerkschaftssekretär Arbeiter **Franz Keppler,** Bitterfeld.
7. Mittelschullehrer **Schieese,** Wittenberg
8. Kaufmännischer Angestellter **Reinhold Ley,** Plessa.
9. Jugendpflegerin Frl. **Barow,** Merseburg.

Wähler und Wählerinnen! Seht Euch die Stimmzettel genau an! Laßt Euch nicht irreführen! Die Stimmzettel der Deutschen demokratischen Partei beginnen mit dem Namen

Delius, Karl, Postsekretär in Halle, Rudolf Haymstr. 13.

Die Deutsche demokratische Partei
hat durch die Ablehnung der Listenverbindung mit der Deutsch-nationalen Volkspartei
nicht das Bürgertum verraten,
sondern damit nur den Weg eingeschlagen, der eine
Abwanderung größerer Wählermengen zur Sozialdemokratie verhindert.

Metoula-Sprachführer
Eine verkürzte Methode Lautsprachlehre
Taschenformat. Jeder Band 1.50 Mark. Elegant gebunden.
Die Metoula-Sprachführer geben für alle auf der Reise vorkommenden Gelegenheiten erschöpfende Auskunft; sie enthalten alles, was für die Bedürfnisse des täglichen Lebens gebraucht wird, ermöglichen eine Verständigung mit der fremdsprachlichen Bevölkerung und sind daher besonders geeignet als Verständigungsmittel in den besetzten Kriegsgebieten.
Besondere Vorzüge. Jeder Band enthält neben dem sehr umfangreichen Gesprächsstoff: Dreifarbige Landkarten und Stadtpläne, Münzabbildungen, Maß- und Gewichtstabellen, kleine aber anbrechende Grammatik, Verzeichnis aller Speisen und Getränke. Gut lesbare Schrift.
Erschienen für:

Amerikanisch	Dänisch	Hausa	Niederländ.	Kreolisch
Arab. (Egypt.)	Englisch	Italienisch	Norwegisch	Schwedisch
Arabisch (Syr.)	Ewe	Japanisch	Polnisch	Serbisch
Böhmisch	Finnisch	Kroatisch	Portugiesisch	Spanisch
Bulgarisch	Französisch	Litauisch	Rumänisch	Türkisch
Chinesisch	Hal	Neugriechisch	Russisch	Ungarisch

Vorrätig in jeder Buchhandlung. Wenn keine am Platze, wende man sich direkt an die
Langenscheidt
sche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, Bahnstr. 29/30.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kommanditgesellschaft **Finke & Co.,** photographisches Photohaus, in Halle a. S., ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf h 352/1
den 3. März 1919, vorm. 11 Uhr,
vor dem Amtsgerichte, hier, Poststraße 13 Zimmer 45, anberaumt.
Halle, den 10. Januar 1919.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts, Abt. 7.

Optische Waren
preiswert und gut
empfiehlt h6835
Otto Unbekannt
1a Gr. Ulrichstraße 1a

Scheuertücher
empfiehlt **H. Schnee Nachf.**
V 3335 Gr. Steinstr. 34.

Carl Böhme, Ofenfabrik
Scharrenstr. 8. Fernruf 2308
Großes Lager in Kachel- u. transport. Oefen. Umsetzen u. Reinigen sämtlicher Oefen.

Wir beabsichtigen unsere
Grundstücke
Ludwig Wuchererstraße 86—87
zusammen oder geteilt zu verkaufen.
Kießling & Schmidt, Architekten,
Halle a. S., Ludwig Wuchererstr. 87 II. a 275/5
Fernsprecher 5328.

Dame,
welche
Krukenbergstrasse 26
Waschwanne gek., w. um Unterredung gebeten daselbst. h344

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit,
— Ohrgeräusch, — nerv. Ohrschmerzen.
Glänzende Anerkennung.
Sanis-Versand München 957b

Aus dem Felde zurück
nehme meine Praxis wieder auf.
Dr. Klindt,
prakt. Arzt und Geburtshelfer,
Magdeburger Strasse 26. II.
Telephon 1599. h 267

Grundstücks-Verkauf.
Die zur Zenzischschen Nachlaß-Masse gehörigen Grundstücke Geiststraße 70 und Scharrenstraße 3 sind erbteilungshalber durch mich **zu verkaufen.** A208
Der Testamentsvollstrecker
Elze, Geheimer Justizrat.

Bettnasser
erhalten Auskunft umsonst bei Alters- u. Geschlechtsangabe.
Sanis-Versand München 684

4% Sächsische Provinzial-Schuldverschreibungen
mündelsicher
werden von sämtlichen Bankfirmen zu 93,75 % **spesenfrei** abgegeben oder besorgt.
Sächsische Provinzialbank, Merseburg.
Landeshaus. a038

Offene Stellen

Perfekte zuverlässige a 168
Stenotypistin
per sofort oder 1. 2. gesucht. Ausführliche Bewerbungsschreiben mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bittet umgehend einzureichen
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft,
Wittenberg, Bez. Halle, Lutherstr. 27.

Lehrling
mit guter Schulbildung für unser kaufmännisches Büro gesucht.
Werbe-Maschinenbau G. m. b. H. h326
Halle a. d. S., Turmstr. 117.

Für junen Mann Realschul-Obersekundaner, wird Ostern
Lehrlingsstelle
als Mechaniker gesucht.
Angebote unter H. 2529 an die Geschäftsstelle ds. Blattes erbeten. a 067

Kaufmänn.-Lehrling
mit guten Schulkenntnissen sucht
Ferd. Haassengier
Metallwarenfabrik,
Barfüßerstr. 9.

Lehrling
sucht h296
R. Wolf, Malermeister,
Henriettenstraße 12.

Mietsgesuche

Einfamilienhaus oder 4 Zimmerwohnung
für sofort oder 1. April gesucht.
Angebote unter **G. 2528** an die Exp. d. Ztg. h 342

Gesucht zum 1. 4. in Halle oder Vororten von Halle eine
herrschaftliche Wohnung,
5—6 Zimmer, elektr. Licht, Gas, Aufsicht m. Garten u. Pferdestall. Preise e 120—1300 Mk. Off. u. C. 2524 a. d. Exp. d. Ztg. erb.

Zum 1./4. 19, evtl. früher, sucht einzelner Herr (Akademiker)
1—2 leere Zimmer
von einer Wohnung abzumieten. Angeb. unt. I U 288 a. d. Fil. d. Ztg. Gr. Ulrichstr. 52. f367

Für Büro
u. Lager 2-3 schöne helle Räume sof. ges., evtl. auch Laden. f362
J. Barth, Leffingstr. 37.

Zu verkaufen

Echter Perser,
Jordes, Gebetteppich, besonders schönes Stück, sehr preiswert, aus Privathand zu verkaufen
f 363 **Karlstraße 32, I.**

1 bronze Kronenleuchter
mit 15 elektrischen Birnen billig **zu verkaufen.**
Burgstraße 36 I.

Kaufgesuche

Guten Masch.-Gußbruch
kauft in kompletten und gemischten Ladungen zu höchstem Preise und erbitte Angebot. a061/1
Max Esche, Chemnitz. Tel Nr. 40

Ich kaufe, verkaufe und beleihe
Reichs- Staats- und Stadt-Anleihen;
in- und auslandische Renten;
industrie-Aktien. A 78/5
Robert Rosenberg, Bankgeschäft,
Halle a. S., Leipzigerstraße 76.

Holzräder
800—1000 mm Durchmesser,
für 20 Ztr. Traglast, evtl. m. Buchse u. Achse
zu kaufen gesucht. Offerten unter Nr. J. 2530 an die Exp dieses Blattes V 335/5

Gebrauchter Zeichentisch, Reißschienen u.
zu kaufen gesucht b 355
H. Frede, Architekt,
Leipziger Straße 93.

Piano oder Flügel
f. Anfänger zu kauf. g. l. Gef. Ang. u. E. 2526 a. d. Exp. d. Ztg.

Ein **moderner, offener**
Einsp.-Kutschwagen,
dauerhaft, wenn mögl. m. **Einsp.-Kutschgeschirr,** wird sofort zu kaufen gesucht. Offerten erbitte an a056
E. Kleine, Sattlermeister,
Tenschenthal.

Kümmel 1a.
kauft jedes Quantum in guter Qualität. Bem sterte äußerste Angebote an die Expedition des Blattes erbeten.

Unterricht

Wer erteilt abends Unterricht in
Dampf- u. Warmwasserheizungs-Berechnung.
Offert. unter A. U. 290 an die Fil. d. Ztg. Gr Ulrichstr. 52.

Nachhilfestunden,
mit Beaufsichtigung der Schularbeiten in und außer dem Hause, gebildetes Mädchen mit Reifezeugnis vom Lyzeum. f364
Zwingerstraße 1 II r.

Literatur-Unterricht
w. v. **Oberlehrer** (Germanist) erteilt Damen u. Herren, d. sich der. bet. woll erb. Ausk. durch **A. U. 289** a. d. Fil. d. Ztg. Gr. Ulrichstr. 52. f366

Vermischtes

Hausschuhe u. Pantoffeln
v. **eigem Stoff** fertigt an
Fr. Beck, Gr. Steinstraße 24.
Eing. Hinkengrenstr. h354

Optische Anstalt
Carl Schneider
45 Grosse Ulrichstr. 45.
Reiche Auswahl aller optischen Artikel.
Sorgfält. Bestimmg. der erford. Augengläser.
Gegründet 1881.
Fernruf 259.

Gebr. Bethmann
Werkstätten
für Wohnungskunst.
Halle a. d. S.,
Gr. Steinstraße 79-80.
Stilvolle Damenzimmer.
V23

Das Gute
Scheffelbrot
ist ein wichtiges
Volksnahrungsmittel
Verlangen Sie überall das Gute
Scheffelbrot
Scheffelbrot-Werk,
Halle-S., Fernruf 4041
V1234

Bei
Hals- u. Lungenleiden
aller Art, wie Katarrhen, tuberkulösen Erkrankungen, Husten u. s. w. erzielten, wie zahlreiche Mitteilungen von Aerzten, Apothekern und Lebenden einwandfrei beweisen, unsere
Rotolin-Pillen
in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.
Husten, Verschleimung, Auswurf,
Nachtschweiß, Stiche im Rücken u. Brustschmerz hören auf; Appetit und Körpergewicht heben sich rasch; allgemeines Wohlbefinden hebt sich ein.
Erhältlich die Schachtel zu 2.50 M. in allen Apotheken; wenn nicht vorrätig, auch direkt v. uns durch unl. Versandapotheke.
Ausführliche Broschüre kostenlos durch:
Plotz & Cie., Berlin SW. 68.
Ständige Niederlage in Halle:
Hirsch-Apotheke.

Steuer-Erklärungen Reklamationen
Bücher-Einrichtung. Abschluß, Revision.
R. Wipper, Wuchererstr 35. Tel. 189
geprüfter und vereidigter Bücherrevisor. b18

Fuhren
aller Art übernehmen A277/3
Klinkhardt & Schreiber Nachf., G. m. b. H.
Landsbergerstr. 10/12. Tel. 0203.

Die grosse Mode!
Kunstseidene gestrickte Jacken
für Damen, junge Mädchen und Kinder
Kunstseidene gestrickte Blusen
Kunstseidene gestrickte Kinder-Mäntel
empfiehlt in sehr großer Auswahl und vielen modernen Farben preiswert
H. Schnee Nachf.,
A. & F. Ebermann,
Halle a. S. — Große Steinstraße 34.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190115014/fragment/page=0004